Deutscher Bundestag **Drucksache 16/5112**

16. Wahlperiode 25. 04. 2007

Antrag

der Abgeordneten Wolfgang Gehrcke, Dr. Norman Paech, Paul Schäfer (Köln), Monika Knoche, Hüseyin-Kenan Aydin, Dr. Diether Dehm, Heike Hänsel, Inge Höger, Dr. Hakki Keskin, Katrin Kunert, Michael Leutert, Alexander Ulrich und der Fraktion DIE LINKE.

Neue Chancen für einen Friedensdialog im Nahen Osten aufgreifen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. Das Zustandekommen einer palästinensischen Einheitsregierung unter Einbezug fast aller Parteien und international anerkannter Persönlichkeiten ist weltweit begrüßt worden und verbessert die Bedingungen für einen Friedensdialog im Nahen Osten.

2. Die palästinensische Einheitsregierung bedarf jetzt Zeichen der Ermutigung von Seiten der internationalen Staatengemeinschaft, um Schritte zu gehen, die eine friedliche Lösung des Konflikts herbeiführen. Zur Lösung des Konfliktes gehören die wechselseitige Anerkennung beider Staaten, Israel und Palästina, der beiderseitige Gewaltverzicht und die Anerkennung bereits bestehender Verträge durch beide Regierungen. Ein Gefangenenaustausch, besonders die Freilassung des israelischen Soldaten Gilad Shalit, wäre ein wichtiges Zeichen.

3. Die Sanktionen der EU gegenüber der palästinensischen Regierung sowie die Nichtweiterleitung von Zöllen und Steuereinnahmen durch die israelische Regierung an die Palästinensische Autonomiebehörde haben zu katastrophalen sozialen Problemen in den palästinensischen Gebieten geführt, die die Friedensbemühungen erschwert haben.

4. Als erster europäischer Staat hat Norwegen als Konsequenz aus der Bildung der palästinensischen Einheitsregierung offiziell Kontakte zur Palästinensischen Regierung aufgenommen. Mitte März 2007 trat der Staatssekretär im norwegischen Außenministerium in Gaza mit Ministerpräsident Ismail Hanija zusammen. Medienberichten zufolge treten die Regierungen mehrerer EU-Staaten ebenfalls für eine Normalisierung der Beziehungen ein.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

1. im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft für eine umgehende Aufhebung aller Sanktionen gegenüber der palästinensischen Autonomiebehörde einzutreten;

2. dem norwegischen Beispiel folgend die Beziehungen zur palästinensischen Regierung zu normalisieren und innerhalb der EU für offizielle Kontakte zur palästinensischen Regierung einzutreten;

3. auf die israelische Regierung einzuwirken, Wege der Zusammenarbeit mit der palästinensischen Einheitsregierung zu suchen und sich nicht weiter notwendigen Verhandlungen zu verweigern.

Berlin, den 24. April 2007

Dr. Gregor Gysi, Oskar Lafontaine und Fraktion

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333